

Zoff um WEI 7 geht in die nächste Runde

Stadtratsfraktionen von SPD und CDU stimmen für Baugebiet „Am See“ / Gegner äußern scharfe Kritik

Von Sascha Diehl

WORMS Der Stadtrat hat mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU den Weg für das umstrittene Weinsheimer Baugebiet „Am See“ (WEI 7) freigemacht und sämtliche Einwände und Bedenken die beispielsweise die Einwohnergemeinschaft „Am See“ gegen die geplante Bebauung ins Feld führt, zurückgewiesen. Sozial- und Christdemokraten stimmten trotz des Widerstands von Grünen, FWG/Bürgerforum und FDP dem von der Verwaltung vorgelegten Bebauungsplanentwurf sowie der erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Worms zu. Die Gegner halten unterdessen an ihrer Kritik an den Baugebiets-Plänen fest und haben schon während der Stadtratssitzung angekündigt, mit juristischen Mitteln gegen das Neubaugebiet vorzugehen. Im Raum steht eine Normenkontrollklage, die das Oberverwaltungsgericht in Koblenz beschäftigen dürfte.

Grüne: Biotop wird zerstört

Widerstand gegen dieses Vorgehen der Fraktionen von CDU und SPD kam in erster Linie aus den Reihen von Grünen und Liberalen, die in ihrer Kritik an WEI 7 seit Jahren eine ungewöhnliche Allianz bilden. Grünen-Fraktionsvorsitzender Kurt Lauer warf CDU, SPD und der Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Michael Kissel (SPD) an der Spitze vor, sich über sämtliche, aus Sicht der Grünen berechtigten Bedenken hinwegzusetzen. „Da nützen auch ihre schönen Sonntagsreden zum Naturschutz nichts, sie sind verantwortlich für die Zerstörung eines wertvollen Biotops, etwa des Wäldchens, das künftig von einer Straße zerschnitten und damit wertlos ist“, kritisierte Lauer.

„Gutachten fehlerhaft“

In eine ähnliche Kerbe schlug FDP-Ratsmitglied Dr. Uwe Radmacher, der unter anderem die eingeholten naturschutzgutachten als unvollständig und fehlerhaft



Geht es nach den Stadtratsfraktionen von CDU und SPD, kann am Weinsheimer See bald ein Baugebiet entstehen. Die Gegner des Neubaugebiets haben allerdings angekündigt, mit juristischen Mitteln gegen das Areal vorzugehen. Archivfoto: Rudolf Uhrig

bezeichnete. „Es gibt in dem Gebiet mehr geschützte Arten als das Gutachten ausweist, außerdem ist nicht das gesamte Plangebiet untersucht worden“, warf der Liberale der Verwaltung vor.

Müller sieht Fehlentwicklung

„Hier wird versucht etwas durchzudrücken, das falsch ist, deswegen werden die Gerichte entscheiden müssen“. Unterstützung bekam Radmacher von seinem Fraktionschef Dr. Jürgen Neureuther, der sich in Zynismus flüchtete. „Viel Vergnügen mit der Normenkontrollklage, vielleicht ist das der nächste Prozess, den die Stadt verliert“, meinte Neureuther.

Karl Müller (FWG/Bürgerforum) und Michael Mahla (Bündnis 90/Grüne) warfen den Baugebietsbefürwortern derweil vor, eine „Splittersiedlung und städtebauliche Fehlentwicklung“ (Müller), also das bestehende Gebiet „Am See“, auch noch vergrößern zu wollen. „Das Neubaugebiet liegt an einer Bahnlinie und mitten in einer Frischluftschneise“, befand Mahla, „es wäre besser gewesen dieses Vorhaben überhaupt nicht zu beginnen“.

CDU verteidigt Pläne

Verteidigt wurde das Baugebiet von Dr. Klaus Karlin, Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion. „Wir dürfen nicht vergessen, dass es

hier um eine Gewerbebrache geht, um die wir uns in Weinsheim seit Jahren bemühen“, hielt Karlin den Vorwürfen der Stadtratsopposition entgegen. Zudem würden die Naturschutzgutachten belegen, dass das Vorgehen von Verwaltung, CDU und SPD völlig in Ordnung sei.

FDP kritisiert Stadtverwaltung

„Wir haben genügend Gutachten vorliegen, dass diese nicht so ausgegangen sind, wie sie es gerne hätten ist nun mal so“, sagte der CDU-Fraktionschef. „Die CDU wird dem Vorhaben zustimmen, selbst wenn irgendwann mal irgendein Gericht entscheiden wird, schließlich kann niemand

erwarten, dass wir als Stadträte alle rechtlichen Möglichkeiten abschließend beurteilen“.

Dem hielt Jürgen Neureuther entgegen, dass die Untere Naturschutzbehörde, die die entsprechenden Gutachten bewertet habe „ein originärer Teil der Stadtverwaltung“ und deshalb gerade nicht unabhängig sei. Das rief OB Michael Kissel auf den Plan, der betonte: „Ich verahre mich gegen die Unterstellung, die Untere Naturschutzbehörde arbeite weisungsgebunden, dem ist nicht so“, betonte der Stadtchef. „Außerdem haben wir die Obere Naturschutzbehörde, die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) eingeschaltet, um jeden Verdacht auszuräumen“.

Worms Wochenblatt 01.06.2013